

## Kooperationsministerin zu Besuch auf den Kap Verden

Marie-Josée Jacobs stattete einen dreitägigen Arbeitsbesuch auf den Kap Verden, einem Partnerland der luxemburgischen Entwicklungshilfe, ab. Anlässlich der zwölften Partneriatskommission in Praia besprachen die Delegationen beider Länder das seit Juli 2010 anlaufende dritte PIC-Abkommen („Programme indicatif de coopération“). Für die Jahre 2011 bis 2015 liegen die Schwerpunkte der Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Inselstaat auf der Berufsausbildung, der Wasserversanierung, der Lebensmittelhilfe und dem Gesundheitsbereich. Finanziell ist das Rahmenprogramm mit 60 Millionen Euro ausgestattet. Das Zusammen treffen mit dem kapverdischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten war denn auch Anlass zur Unterzeichnung von zwei Abkommen. Hierbei handelt es sich zum einen um sektorielle Budgetbeihilfen im Bildungsbereich. Zum anderen wird die wirtschaftliche Partnerschaft im Luftverkehrsbereich verstärkt, insbesondere was die Luftlinie zwischen Luxemburg und Sal / Boa Vista angeht. Die Kooperationsministerin beteiligte sich ferner an der Grundsteinlegung neuer Ausbildungseinrichtungen sowie der Einweihung einer Hotelschule. Kap Verde zählt zu den zehn Zielländern der luxemburgischen Entwicklungshilfe. (C.)

## Mehr Transparenz auf Krautmarkt

Die Bürger sollen erfahren, ob ihre Volksvertreter im Parlament präsent sind oder nicht, so Kammerpräsident Laurent Mosar in einem RTL-Interview. Bislang gab es keinen Einblick in die Präsenzlisten. Mosar will deshalb Remedur schaffen. Er erklärte aber auch, dass viele Parlamentarier den öffentlichen Sitzungen fernbleiben müssen, weil sie im Rahmen ihres Mandats die Abgeordnetenkammer bei internationalen Gremien vertreten. Laut Mosar sollen das Kammerbüro, die Conférence des présidents und die Reglementscommission nun genaue Listen erstellen. Im Herbst sollen dann die eigentlichen Gespräche anlaufen. Zur Debatte stehen dann auch die Nebeneinkünfte der Parlamentarier. (DS)

## Piratenpartei kritisiert Schülerdatenbank

In einem Schreiben kritisiert die Piratenpartei die Absicht des Bildungsministeriums, eine umfassende Schülerdatenbank zu erstellen. Ein Missbrauch sei vorprogrammiert, da bis zu 15 öffentliche Institutionen Zugriff auf die Daten haben könnten, urteilt die Partei, die sich den Datenschutz auf die Fahne schreibt. Der gläserne Schüler samt Familie werde hier vorgeführt, „ohne, dass die Betroffenen eine Wahl haben, sich gegen die Datensammlung zu wehren“, bemängelt Parteipräsident Sven Clement. Viel zu weit gehe denn auch die Absicht, die Schülerdaten bis zu 15 Jahre nach Schulabschluss zu speichern. So zieht die Partei die rote Karte und ruft die Ministerin auf, den Gesetzestext zu überarbeiten. (C.)

## Kunst- und Musikunterricht in der Sekundarschule

# Stellenwert soll erhalten bleiben

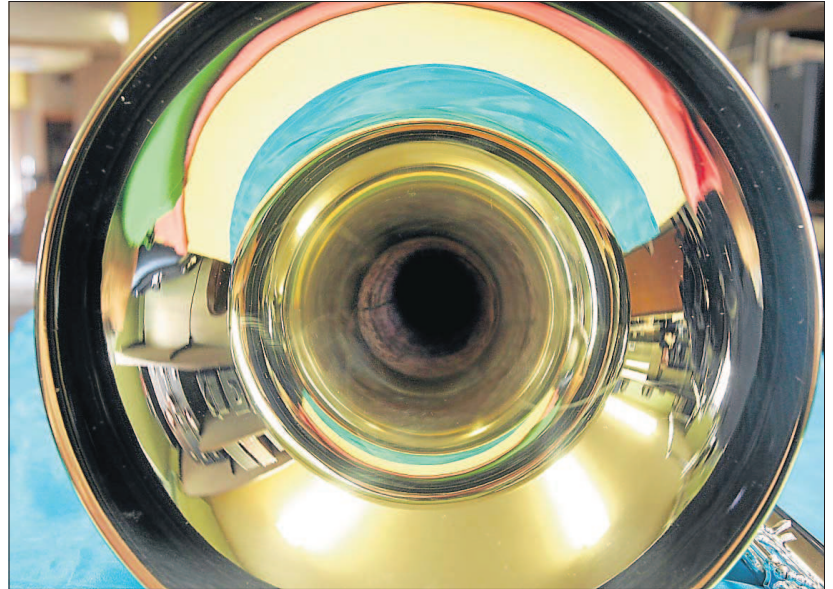
Nach der angedachten Reform sollen mehr Schüler vom Kursangebot profitieren

VON DIANE LECORSAIS

„Der Stellenwert der bildenden Künste im luxemburgischen Schulsystem wird mit der Reform nicht gefährdet“, so die Antwort von Bildungsministerin Mady Delvaux-Stehres auf eine parlamentarische Frage des Abgeordneten Marc Spautz. Der CSV-Deputierte zeigte sich in seiner Anfrage an die Bildungsministerin besorgt, dass der Kunst- und Musikunterricht durch die geplante Reform an Bedeutung verlieren könnte.

Mit der Reform sollen die bisherigen „Sektionen“ (A, B, C, D, E, F und G) im klassischen Sekundarunterricht durch zwei „dominantes“ ersetzt werden. Die Sprachen Deutsch, Französisch und Englisch sowie Mathematik sind grundsätzlich für alle Schüler obligatorisch. Darüber hinaus entscheiden sich die Schüler für einen von zwei Schwerpunkten (Naturwissenschaften oder Humanwissenschaften). Zusätzlich dazu gibt es noch einen dritten Bereich, den „volet formation générale“, bei dem die Schüler sich zwischen Fächern wie Philosophie, Naturwissenschaften und Sport entscheiden können.

Mady Delvaux-Stehres unterstreicht in ihrer Stellungnahme, dass mit dem neuen System sämtliche Schüler auf „Deuxième“ die Möglichkeit haben, Kunstfächer zu belegen. Beim Schwerpunkt der Humanwissenschaften könnten sie bis zu neun Kunst- und Musikstunden pro Woche belegen, beim Schwerpunkt Naturwissenschaften rund drei Stunden. Auf „Première“ würden die Schüler im ersten Fall (Schwerpunkt Humanwissenschaften) sogar zwölf Stunden



Zehn Prozent aller Schüler im klassischen Sekundarunterricht belegen zurzeit die Kunst- und Musiksektionen E und F. (FOTO: GUY JALLAY)

pro Woche im Bereich Kunst belegen können, beim Schwerpunkt Naturwissenschaften vier. Schüler, die sich innerhalb ihres Schwerpunktes nicht für die Fächer Kunst oder Musik entscheiden, müssen obligatorisch im Rahmen des „volet formation générale“ die Kunst- und Musiksektionen belegen.

Die Bildungsministerin hebt hervor, dass zur Zeit etwa zehn Prozent aller Schüler im klassischen Sekundarunterricht die Sektionen E oder F (Kunst und Musik) belegen. Die restlichen 90

Prozent der Schüler hätten zur Zeit nicht die Möglichkeit, vertiefende Kenntnisse im Kunst- und Musikbereich zu erhalten, so dass mit der Reform für diese Majorität der Stellenwert der bildenden Künste zunehmen würde. Durch das neue System wäre somit ein „harmonischeres Gleichgewicht“ im Vergleich zum aktuellen System möglich, so Mady Delvaux-Stehres.

Die Bildungsministerin unterstreicht, dass es bei der Reform sowohl im klassischen als auch im technischen Sekundarunterricht

darum gehe, die Jugendlichen auf ihre spätere Ausbildung und auf das Berufsleben vorzubereiten und ihnen ein breites Allgemeinwissen zu vermitteln. Mithilfe der Reform könnten die Stärken des bisherigen Bildungssystems beibehalten, die Nachteile jedoch eliminiert werden, so die Bildungsministerin. Das neue System zeichne sich durch eine „größere Flexibilität“ aus: Zusätzlich zu einer breiter ausgelegten Grundausbildung würden die Schüler vertiefende Kompetenzen in spezifischen Bereichen erlangen.

## Qatar Airways: Claude Wiseler beruhigt Gewerkschaften

Erst nach Vertragsabschluss kann das Handling-Abkommen mit Luxair Cargo unterzeichnet werden

Der Einstieg von Qatar Airways bei der Cargolux hat den Gewerkschaften in den vergangenen Tagen viele Sorgen bereitet. Besonders die Tatsache, dass das neu ausgehandelte Handling-Abkommen zwischen Cargolux und Luxair Cargo noch immer nicht unterschrieben ist, beunruhigte LCGB und OGBL. Es herrschte Unklarheit darüber, ob der neue katarische Referenzaktionär bei der Luxemburger Frachtfluggesellschaft die in der Vergangenheit ausgehandelten Verträge willkürlich auflösen kann oder nicht.

Nach zwei getrennten Dringlichkeitsitzungen, in Anwesenheit der Generaldirektoren von Luxair und Cargolux, Adrien Ney und Frank Reimen, konnte Transportminister Claude Wiseler die Vertreter vom LCGB und OGBL jedoch soweit beruhigen. „Das Handling-Abkommen kann erst unterschrieben werden, wenn die Übernahme der Cargolux-Anteile durch Qatar Airways endgültig abgeschlossen ist“, erklärte der Minister. Solange der Vertrag mit Qatar Airways nicht juristisch in Kraft getreten ist –



Rund 50 Demonstranten vom OGBL haben vor dem Nachhaltigkeitsministerium gegen den Deal mit Qatar Airways protestiert. (FOTO: GUY JALLAY)

solange es nicht zum „Closing“ gekommen ist –, könne kein anderes Abkommen unterschrieben werden. Die Situation sei nicht ungewöhnlich, betonte Wiseler.

### Warten auf das „Closing“

Es gibt keine Anzeichen dafür, dass Qatar Airways nicht mit dem Abkommen einverstanden wäre, fügte Wiseler hinzu. Sobald die

Kartellbehörden von Südkorea und China sich den europäischen und deutschen anschließen, und dem Deal zwischen den beiden Fluggesellschaften zustimmen, werde es zum „Closing“ kommen.

Laut LCGB sind die betroffenen Mitarbeiter von Cargolux und Luxair Cargo nun genügend aufgeklärt. „Wenn das Handling-Abkommen jedoch rechtzeitig vor

der Partnerschaft mit Qatar Airways unterschrieben worden wäre, dann würde es diese Polemik heute nicht geben“, betonte dabei LCGB-Generalsekretär Patrick Dury. LCGB-Gewerkschaftssekretär Aloyse Kapweiler begrüßte die Tatsache, dass, durch die Partnerschaft mit Qatar Airways, das im Cargo Zentrum abgefertigte Frachtvolumen um 35 000 bis 45 000 Tonnen erhöht würde.

Die OGBL-Vertreter wollen ihrerseits wachsam bleiben bis zur endgültigen Unterschrift des Handling-Abkommens. Bedenken hatte der OGBL ebenfalls wegen zwei Qatar-Airways-Maschinen, die von Amsterdam nach Luxemburg transferiert werden sollen, und noch immer nicht im Großherzogtum angekommen sind. „Der Minister hat versichert, dass die Flugzeuge ebenfalls nach dem ‚Closing‘ transferiert werden“, schilderte OGBL-Zentralsekretär Hubert Hollerich. Parallel zur Sitzung mit dem Minister fand eine vom OGBL organisierte Protestkundgebung vor dem Nachhaltigkeitsministerium statt. (san)